

Heute unter anderem zu folgenden Themen: Stunde der Abrechnung in Island, Banken schamlos wie immer; Streit um Bankenaufsicht; Krokodilstränen im US-Kongress; Ex-Siemens-Manager dealen mit dem Staatsanwalt; Steuersenkungen auf Kosten unserer Kinder; WHO will aus Schweingrippe lernen; Eiszeiten der Erziehung; Wirtschaft und Schule; Freiheit der Afghanen; Rechtsextremisten feiern Erfolge; Wilfried Schmickler – die Montagsfrage. (WL)

1. [Stunde der Abrechnung in Island](#)
2. [Mario Müller: Banken schamlos wie immer](#)
3. [Bankenaufsicht: Bundesbank und Politik streiten um Kompetenzen](#)
4. [Verhör im US-Kongress: Kabarett der Krokodilstränen](#)
5. [Lucas Zeise – Staatspleiten voraus](#)
6. [Ex-Siemens-Manager dealen mit dem Staatsanwalt](#)
7. [Gerhard Bosch: Wir leben auf Kosten unserer Kinder](#)
8. [»Ein Kind ist nicht vier Fünftel eines Erwachsenen«](#)
9. [WHO will von der Schweinegrippe-Pandemie lernen](#)
10. [Brisante Studie: Das Biosprit-Ziel muss weg](#)
11. [Migranten über Islamkonferenz ahnungslos](#)
12. [Wolfgang Schaupensteiner: Die Rückkehr des Jägers](#)
13. [Gewalt gegen Kinder – Eiszeiten der Erziehung](#)
14. [Der Stellvertreter lässt sich vertreten](#)
15. [Neues von Wirtschaft und Schule](#)
16. [Die Freiheit der Afghanen](#)
17. [Ungarn nach der Wahl: Gefahren in der Mehrheit](#)
18. [Ungarn ist kein Einzelfall: Rechtspopulisten und Rechtsextremisten feiern in Europa Erfolge](#)
19. [Moskau: Richter erschossen](#)
20. [Mindesthonorare für Journalisten: Doch niemand jubelte](#)
21. [Zu guter Letzt: Wilfried Schmickler – die Montagsfrage](#)

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)*

1. **Stunde der Abrechnung in Island**

In Island ist die Stunde der Abrechnung nach der Finanzkrise gekommen. Die vom Parlament eingesetzte Untersuchungskommission (SIC) legte am Montag ihren seit langem erwarteten Rapport vor, der auf mehr als 2000 Seiten klarzulegen versucht,

was schief lief, als Islands Bankensektor im Oktober 2008 zusammenbrach, und wer die Schuld trug, dass dadurch die ganze Nation tief in die Krise schlitterte...

Quelle: [FR](#)

2. **Mario Müller: Schamlos wie immer**

Eine Studie des Think Tanks Deutsche Bank Research macht sich Gedanken über die Frage, was gegen künftige Finanzkrisen zu unternehmen ist und sie verdient besondere Beachtung : Die Bankenabgabe bringt nur eine Milliarde und müsse vom Staat angestockt werden. Der Staat müsse schon deshalb einspringen, weil die Stabilität der Finanzmärkte ein öffentliches Gut sei , so heißt es doch allen Ernstes in der Studie. Unverfroren !

Quelle: [FR](#)

3. **Bankenaufsicht: Bundesbank und Politik streiten um Kompetenzen**

- bei der Bankenaufsicht und Knackpunkt ist die "Unabhängigkeit" der Bundesbank.

Quelle: [FR](#)

***Anmerkung WL:** Das wäre doch der Idealzustand für die Banker, wenn sie selbst über Steuergelder an konkursbedrohte Banken entscheiden könnten.*

4. **Verhör im US-Kongress: Kabarett der Krokodilstränen**

Sie reden sich heraus, rechtfertigen sich, streiten jede persönliche Schuld ab: Die Auftritte früherer Wall-Street-Bosse vor der US-Finanzkrisenkommission sind ein tristes Trauerspiel. Längst ist der Ausschuss ein zahnloser Tiger - während an der Börse alles wieder seinen alten Gang geht.

Quelle: [Spiegel Online](#)

5. **Lucas Zeise - Staatspleiten voraus**

Die Griechenlandkrise der letzten Monate erinnert die Berufsoptimisten unter den Volkswirten daran, dass die seit Sommer 2007 wütende Finanz- und Wirtschaftskrise keineswegs vorbei ist, sondern sich seit Herbst 2009 in erster Linie als Krise der Staatsfinanzen äußert.

Was wird denn wirklich passieren, wenn die Staaten zahlungsunfähig werden oder, lax ausgedrückt, pleitegehen? Es gibt ja zahlreiche Vorbilder für solche Ereignisse. Und es gibt zahlreiche, ganz unterschiedliche Formen der Staatspleite. Weit definiert besteht sie aus der Unfähigkeit oder der politischen Entscheidung einer Regierung, die Schulden des Staates oder einen Teil davon nicht mehr ordnungsgemäß zu bedienen. Es liegt auf der Hand, dass dies sehr unterschiedlich ablaufen und sehr unterschiedliche Folgen haben kann. Es war eine Form der Staatspleite, als die US-Regierung unter Richard Nixon 1971 entschied, entgegen den internationalen Verträgen für 35 \$ keine Unze Gold mehr herauszurücken. Die Folgen waren für die

Weltwirtschaft erheblich.

Ähnliche Verwerfungen blühen uns wieder. Einigkeit herrscht unter den Ökonomen einschließlich der Berufsoptimisten, dass die Staaten zurzeit auf den Zustand der Zahlungsunfähigkeit zutreiben. Wenn nichts Sensationelles geschieht, wird der Internationale Währungsfonds arg beschäftigt bleiben. Seine Mittel werden erhöht werden müssen. Die Fastpleiten kleinerer und machloserer Staaten à la Lettland, Island und Griechenland werden sich häufen. Interessanter werden dann Fälle wie Großbritannien, und richtig interessant wird es, wenn die eigentlichen Kernregionen, die Euro-Zone, Japan und die USA, dran sind. Eines der Probleme der Krise besteht ja gerade darin, dass sie alle Kernregionen betrifft, sodass sich keine der drei Regionen durch eine Abwertung auf Kosten der anderen sanieren kann.

Zu Beginn der Krise war die Meinung weitverbreitet, dass die Staaten, allen voran die USA, das Verschuldungsproblem durch höhere Inflation entschärfen würden. Das Argument wurde in zwei Formen vorgetragen. Zum einen würde die massive Geldvermehrung der Zentralbanken quasiautomatisch Inflation erzeugen. Bisher ist davon nichts zu erkennen. Zwar sind die Rohstoffpreise auch wegen des aufgeblähten Geldkapitals kräftig gestiegen. Nichts sonst aber deutet auf stärker steigende Preise hin.

Zweitens wurde vermutet, speziell die US-Regierung werde aktiv die Inflation anzuheizen versuchen. Das Argument wird nicht dadurch entkräftet, dass weder die US-Zentralbank Fed noch die Regierung eine entsprechende Absicht bekundet haben. Doch man muss konstatieren: Wenn Ben Bernanke, Timothy Geithner und Barack Obama die Absicht hätten, die Inflation zu fördern, besonders erfolgreich sind sie bisher nicht damit.

Noch beschleunigt sich der Verschuldungsprozess der Staaten. Kann sein, dass sich das Problem ganz unverhofft durch einen Konjunkturaufschwung in Luft auflöst. Schön wäre es, aber wenig wahrscheinlich. Am Ende wird nichts anderes übrig bleiben, als einen Währungsschnitt zu veranstalten oder etwas, das die Juden des Alten Testaments die Jubeljahre nannten, die Streichung aller Schulden. Man merkt, ich werde religiös.

Quelle: [FTD](#)

6. **Ex-Siemens-Manager dealen mit dem Staatsanwalt**

Jahrelang haben sie systematisch bestochen und bestechen lassen. Nun müssen zwei frühere Siemens-Vorstände mit einer Freiheitsstrafe rechnen. Einsitzen müssen die beiden Ex-Manager trotzdem nicht.

Quelle: [Focus Online](#)

7. **Gerhard Bosch: Wir leben auf Kosten unserer Kinder**

Ursache der Misere: Die Steuersenkungen der letzten Jahre wurden über Kürzungen

von Investitionen und mit Schulden finanziert. Allein das letzte Steuergeschenk, das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, bescherte den Kommunen 1,6 Milliarden Euro Steuerverluste. Wir können nicht weiter auf Kosten unserer Kinder über unsere Verhältnisse leben. Zur Stärkung der Vorsorge muss die Finanzkraft der öffentlichen Haushalte und insbesondere der notleidenden Kommunen gestärkt werden. Dazu gibt es vernünftige Vorschläge. Ein Entschuldungsfonds kann stark verschuldeten Kommunen durch Zinshilfen Luft zum Atmen geben. Da Kommunen die Folgen des Strukturwandels und der hohen Arbeitslosigkeit nicht allein meistern können, muss sich der Bund stärker an höheren Kosten für Sozialausgaben wie dem Miet- und Heizungskosten für Hartz-IV-Empfänger beteiligen. Und man sollte die kommunale Steuerbasis verbreitern, etwa Freiberufler in die Gewerbesteuer einbeziehen. Weitere Steuersenkungen zu versprechen, wäre wirtschaftspolitisch unverantwortlich. Die Lebensbedingungen in reichen und armen Kommunen würden immer unterschiedlicher.

Quelle: [Der Westen](#)

8. **»Ein Kind ist nicht vier Fünftel eines Erwachsenen«**

Arbeitslose Gewerkschafter setzen sich dafür ein, daß Hartz IV für Kinder dem konkreten Bedarf angepaßt wird. Ein Gespräch mit Horst Schmitthenner. Horst Schmitthenner ist Beauftragter des IG-Metall-Vorstandes für das Verbindungsbüro soziale Bewegungen und Vorstandsvorsitzender der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen.

Quelle: [Junge Welt](#)

9. **WHO will von der Schweinegrippe-Pandemie lernen**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) will den Umgang mit der Schweinegrippe analysieren und Schlüsse für künftige Pandemien daraus ziehen. WHO-Generaldirektorin Margaret Chan sagte am Montag in Genf bei der Eröffnung einer dreitägigen Expertentagung: «Wir wollen wissen, was gut lief. Wir wollen wissen, was schief lief und – idealerweise – warum.» Der Umgang der Weltorganisation mit der im Frühjahr 2009 ausgebrochenen Pandemie war auf Kritik gestoßen. So hieß es, die WHO habe überzogen reagiert, da das Ausmaß weitaus geringer war als zunächst angenommen.

Quelle: [Krankenkassen-Newsticker](#)

10. **Brisante Studie: Das Biosprit-Ziel muss weg**

Wenn Autos in Europa bis 2020 tatsächlich zu zehn Prozent mit erneuerbaren Energien angetrieben werden müssen, drohen massive Schäden für Umwelt und arme Bevölkerungsgruppen weltweit. Hält Energiekommissar Günther Oettinger solche Ergebnisse unter Verschluss, liegt folgender Verdacht nahe: Die Vorgabe der EU dient nicht in erster Linie dem Umweltschutz, sondern den Einzelinteressen der

Agrarindustrie. Schon seit Jahren gibt es massive Zweifel an den Segnungen des Biosprits, dessen Einsatz im großen Stil notwendig wäre, um das Ziel zu erreichen. Dass Energiepflanzen wie Raps den Anbau von Nahrungsmittelpflanzen verdrängen und zu Knappheiten bei Lebensmitteln beitragen können, ist dabei nur ein Problem. Auch die Klimabilanz von Biosprit ist durchwachsen: Der Anbau der Nutzpflanzen ist in vielen Fällen so energieintensiv, dass unterm Strich mehr CO₂ ausgestoßen als eingespart wird. Abgesehen davon, dass Regenwaldflächen gerodet werden, um Anbauflächen für Energiepflanzen zu gewinnen. Es ist also kein Wunder, dass sich Umweltorganisationen vom ursprünglichen Hoffnungsträger Biodiesel distanziert haben.

Quelle: [FTD](#)

11. **Migranten über Islamkonferenz ahnungslos**

Die Ergebnisse sind für die Bundesregierung frustrierend. Mit Projekten wie der Islamkonferenz wollte sie deutsche Migranten erreichen. Doch eine repräsentative Umfrage ergab: Die meisten Zuwanderer sind ahnungslos. Als "besonders bedenklich" wertet das Forschergremium diese Wissenslücke bei den in Deutschland geborenen Muslimen. Die Migranten der zweiten oder dritten Generation kennen die Islamkonferenz noch deutlich seltener als selbst eingewanderte Muslime. Auch das Gleichbehandlungsgesetz, das unter anderem Benachteiligung aufgrund von ethnischer Herkunft oder Religion verbietet, ist Zuwanderern weniger bekannt als Einheimischen. Ausgerechnet die häufiger über Diskriminierung klagenden muslimischen Migranten sind laut der Umfrage am schlechtesten über dieses Gesetz informiert.

Quelle: [Spiegel Online](#)

12. **Wolfgang Schaupensteiner: Die Rückkehr des Jägers**

Oberstaatsanwalt Wolfgang Schaupensteiner ging 2007 zur Deutschen Bahn, um bei dem Staatskonzern die Korruption zu bekämpfen. Ein Jahr später fand er sich mitten in einem ständig ausufernden Spitzel-Skandal wieder. Jetzt hat sich Schaupensteiner selbständig gemacht.

Quelle: [Handelsblatt](#)